Eberhard Martin Pausch: Einführender Impuls zur Veranstaltung „Gerechtigkeit (für Hessen) – ein Traum?“

In Hessen stehen Landtagswahlen bevor. In dieser Veranstaltung soll es um das Thema **„Gerechtigkeit für Hessen“** gehen. Ich sage aber ausdrücklich dazu: Nicht als ein Wahlkampf-, sondern als **ein Sach- und Fachthema**, auch wenn ein Papier eines der Sozialdemokratie nahestehenden Expertenkreises hierzu einige Anregungen bereitgestellt hat und auch wenn einige SPD-Mitglieder hier zu Wort kommen werden – etwa Christel Sprößler, eine ausgewiesene Fachfrau in sozialen Fragen. Umso mehr bin ich aber auch froh, dass mit Paul Weimann der Landesvorsitzende des VdK Hessen-Thüringen hier unser Gast ist und mit ihm auch ein Mitglied der CDU zum Thema sich äußern wird. Und dass mit Carsten Tag der Präsident der Diakonie Hessen und der Vorsitzende der „Liga“ unser Podium komplettiert – eine weitere unabhängige Perspektive. Uns in der Akademie geht es hier um das Thema, **um die Sache** – und damit nicht zuletzt **um die Menschen**, für die Politik gemacht werden soll.

Ich hatte zugesagt, vor der Plenumsdiskussion, die Pfarrer **Wolfgang Weinrich**, der Herausgeber von „Das Magazin für evangelische Pfarrer:innen. Hessisches Pfarrblatt“, moderieren wird, ein paar inhaltlich einleitende Worte zu sagen. Das will ich hiermit auf der Grundlage einer These in fünf exemplarischen Hinsichten tun.

Meine These lautet: **Hessen braucht wieder mehr Solidarität!** Das heißt: mehr Bereitschaft, füreinander einzustehen und dies in einem guten Miteinander zu tun. Hessen braucht mehr Solidarität, um zu mehr Gerechtigkeit zu gelangen. Und das bedeutet wiederum: Alle Politikfelder – Arbeit und Wirtschaft, Verteilungs- und Steuerpolitik, Digitalisierung und technischer Fortschritt, der Städtebau, die sozial-ökologische Transformation, die Entwicklung ländlicher Räume, Gesundheits- und Pflegepolitik, das Bildungshandeln, Integration und Inklusion und die Weiterentwicklung unserer Demokratie – müssen im Geist der Solidarität neu durchdacht und dann auch gestaltet werden. Ich will meine basale These an fünf Beispielen illustrieren.

Erstens: Städtebau und Wohnungspolitik müssen solidarisch gestaltet werden. Daher muss das Bundesland Hessen im Bundesrat für die „Mietpreisbremse“ werben. Leider kann ein Bundesland allein da ja nichts bewirken. Und dort, wo neu gebaut wird, da müssen soziale, ökologische und Infrastruktur-Aspekte berücksichtigt werden. Wenn Paris eine „15-Minuten-Stadt“ werden kann, wo man innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln alles erreicht, was man im Alltag benötigt, dann muss das auch für unsere Städte zu schaffen sein. Die hessischen Städte müssen 15-Minuten-Städte werden.

Zweitens: Die ländlichen Räume müssen im Geist der Solidarität gestärkt werden. Der Verödung von Kleinstädten und Dörfern muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Dazu braucht es etwa einen leistungsfähigen ÖPNV auf dem Land, aber auch mehr Möglichkeiten für das Arbeiten im „Homeoffice“. Die Bahnhöfe müssen mit mehr Personal versorgt werden, die Informationen dort, die Sauberkeit, die Sicherheit, all dies muss verbessert werden. Ganz wichtig: Die Menschen vor Ort müssen in die notwendigen Erneuerungs- und Gestaltungsprozesse besser eingebunden werden. Nicht über die Köpfe hinweg entscheiden,

sondern mit den Menschen zusammen planen. Wenn das Land gestärkt wird, tut das auch den Ballungsräumen gut, die so entlastet werden können.

Drittens: Gesundheit und Pflege müssen solidarisch gestaltet werden. Wir brauchen eine intelligente Vernetzung von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren, Krankenhäusern, ärztlichem Bereitschaftsdienst, ambulanter Hauskrankenpflege, Apotheken und Rettungsdiensten. Das wird die Krankenbehandlung vor Ort verbessern und Krankenhäuser entlasten. Auch müssen Hausbesuche, der ärztliche Bereitschaftsdienst und sonstige ambulante Dienste ausgebaut werden. Die Arbeitsbedingungen und die Gehälter in der Pflege müssen verbessert werden. Aber es müssen auch die pflegenden Angehörigen unterstützt werden – sie fühlen sich ganz oft vergessen, überfordert und „abgehängt". Sodann muss die Tätigkeit von rechtlichen Betreuern verbessert werden. Und die Rahmenbedingungen für legale und erschwingliche 24-Stunden-Betreuungen im eigenen Haushalt müssen sich verbessern. Insgesamt gilt: Das Land muss mehr in sein Gesundheitssystem investieren.

Viertens: Sozial- und Armutspolitik müssen solidarisch gestaltet werden. Eine konsequent solidarisch ausgerichtete Politik muss daran ansetzen, Menschen mit Armutserfahrung viel stärker als bislang selbst in die notwendigen Änderungsprozesse einzubinden. Wir müssen deren Beteiligungsmöglichkeiten aktiv fördern und dabei eine Mischung aus persönlicher und digitaler Beteiligung ermöglichen. Die Förderung der Selbstorganisation von Betroffenen muss ausgebaut werden. Dazu ist auch eine Landesarmutskonferenz nötig. Wir sollten sie einrichten und ihren Wahrnehmungen und ihrem Urteil vertrauen, wenn es an die Planung von Sozialpolitik geht.

Fünftens: Wir brauchen Fachkräfte auch aus dem Ausland und daher eine gezielte und integrative Einwanderungspolitik. Der Umgang mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine könnte und sollte zu einer Blaupause für eine solche Politik werden. Vor allem aber braucht es Bewusstseinsbildung bei uns und eine Mentalitätsveränderung, die von der Würde jedes einzelnen Menschen ausgeht. Wir wollen nicht „die Anderen" integrieren, sondern streben eine Integration der Gesellschaft als Ganzes an. Immanuel Kant forderte einst eine „Umwandlung der Denkungsart" der Menschen und die „Gründung eines Charakters". Genau das brauchen wir.

Damit komme ich zu einem Schlussgedanken: **Eine konsequent solidarisch denkende Politik dient auch dazu, unsere Demokratie zu sichern und weiterzuentwickeln.** Dazu haben wir im wirtschaftsstarken Land Hessen gute Voraussetzungen. Aber wir müssen dabei auch die Feinde der Demokratie im Blick haben. Denn sie brüten und wüten in den Echokammern des Internets, schrecken aber nicht davor zurück, Hass und Gewalt auf die Straßen zu tragen. Die Erinnerung an die Jahre 1848, 1918, 1933 und 1949 ist deshalb wichtig, weil sie zeigt: Wir brauchen auch eine wehrhafte Demokratie, die vom Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Solidarität und Gerechtigkeit stärken dieses Vertrauen. Wenn sie kein Traum bleiben, sondern Wirklichkeit werden.

Das vollständige Sozialpapier finden Sie unter: https://www.evangelische-akademie.de/mediathek/.